

E-PAPER

Landtagswahl Schleswig- Holstein

Ergebnisse und Analysen

DR. SEBASTIAN BUKOW

Eine Publikation der Heinrich-Böll-Stiftung, Mai 2017

Inhalt

Inhalt	2
1 Zusammenfassung	3
2 Amtliches Wahlergebnis	4
2.1 Wahlrecht & Wahlsystem	4
2.2 Stimm- und Sitzverteilung (Amtliches Endergebnis)	4
2.3 Parlamentarische Mehrheiten & Koalitionsperspektiven	6
3 Wahlverhalten	7
3.1 Wahlmotive und wahlentscheidende Themen	7
3.2 Zeitpunkt der Wahlentscheidung	9
3.3 Stimmensplitting	9
3.4 Wählerwanderung	10
3.5 Bevölkerungsgruppen im Vergleich	11
4 Anhang	13
4.1 Wählerwanderung	13
4.2 Gewählte Bewerberinnen und Bewerber	14
4.3 Stimmenanteile der Wahlvorschläge nach Wahlkreisen (Grüne)	16

Die Schnellanalyse basiert, soweit nicht anders angegeben, auf der Wahltagsbefragung bzw. Wahlanalyse Schleswig-Holstein 2017 von ARD/infratest dimap, auf Vorwahlanalysen von infratest dimap (LänderTrend) sowie Daten des Landeswahlleiters.

Herausgeberin: Heinrich-Böll-Stiftung e.V., Schumannstraße 8, 10117 Berlin
Kontakt: Abteilung Politische Bildung Inland / Arbeitseinheit Grüne Akademie
Referent Politik- und Parteienforschung, Dr. Sebastian Bukow
E bukow@boell.de, T +49 (0)30 28534 258

Erscheinungsort: www.boell.de

Erscheinungsdatum: Mai 2017

1 Zusammenfassung

- **Bündnis90/Die Grünen** erreichen mit 12,9 Prozent das zweitbeste Ergebnis ihrer Landesgeschichte. Im Vergleich zur Vorwahl können die Grünen ihr Ergebnis faktisch halten (-0,3 Prozentpunkte). Die Zahl der Parlamentssitze bleibt stabil (10 Sitze). Im Vergleich zur Vorwahl konnten die Grünen in absoluten Werten mehr Wähler/innen mobilisieren (189.728 Zweitstimmen). Die Gewinne durch die Ansprache von Erstwähler/innen, die Mobilisierung vormaliger Nichtwähler/innen sowie neu nach Schleswig-Holstein gezogener Wähler/innen überwiegen die Stimmenverluste an die politischen Wettbewerber.
- Die Grünen-Wähler/innen trafen ihre **Wahlentscheidung** eher spät. 34 Prozent legten sich erst in den letzten Tagen vor der Wahl bzw. am Wahltag selbst fest. Dabei zeichnet die Grünen-Wähler/innen ein ausgeprägtes Stimmensplitting zu Gunsten der SPD aus, von den Grünen-Zweitstimmenwähler/innen haben nur 42 Prozent „Erststimme Grün“ gewählt. Die Grünen-Wähler/innen orientierten sich bei ihrer Wahlentscheidung überdurchschnittlich an Sachthemen, wie 2012 sind für knapp zwei Drittel der Grünen-Wähler/innen politische Inhalte das Hauptmotiv der Grünen-Wahl. Wahlentscheidend ist hierbei die Umwelt- und Energiepolitik, mit geringem Abstand gefolgt von Fragen der sozialen Gerechtigkeit sowie an dritter Stelle Schul- und Bildungspolitik. Für 15 Prozent der Grünen-Wähler/innen ist das Spitzenpersonal der Hauptgrund, die Grünen zu wählen (Gesamt: 21 Prozent). Dies ist mit 2012 vergleichbar.
- Mit ihrem Spitzenkandidaten Daniel Günther gewinnt die **CDU** überraschend deutlich die Wahl (32,0 Prozent/+1,2) und setzt sich als stärkste Kraft von der SPD ab.
- Die **SPD** verlor in den letzten 14 Tagen vor der Wahl dramatisch an Zustimmung, was der CDU eine erfolgreiche Aufholjagd mit einem vergleichsweise jungen, erst seit wenigen Monaten im Rennen befindlichen Spitzenkandidaten ermöglichte. Im Ergebnis verliert die SPD deutlich (27,2/-3,2).
- Die **Grünen** können ihr Ergebnis faktisch halten und bleiben mit 12,9 Prozent klar drittstärkste Kraft. Die **FDP** verbessert sich auf 11,5 Prozent (+3,3). Die **AfD** ist künftig im Landtag vertreten (5,9/+5,9), die **Linke** weiterhin außen vor (3,8/+1,5). Ebenfalls im Landtag vertreten ist der von der Fünf-Prozent-Sperrklausel befreite **SSW** (3,3/-1,3). Die **Piraten** sind künftig nicht mehr im Landtag vertreten (1,2/-7,0).
- **Absolute Zugewinne** (Zweitstimmen) verzeichnen insbesondere CDU (+61.739), FDP (+59.619) und die erstmalig angetretene AfD (+86.275). Die Grünen gewinnen ebenfalls (+14.976). Die größten **Verluste** erleiden die Piraten (-91.687) und der SSW (-12.081). Die SPD bleibt fast stabil (-3.148).
- Im **Parlament** sind wie bisher sechs Parteien vertreten: CDU (25 / +3), SPD (21 / -1), Grüne (10 / unverändert), FDP (9 / +3), AfD (5 / +5) und SSW (3 / unverändert). Mit 73 Abgeordneten ist das Parlament etwas größer als zuvor (+4). Die CDU gewinnt 25 der 35 Wahlkreismandate (+3), die SPD 10 (-3).
- Die **Wahlbeteiligung** ist auf 64,2 Prozent gestiegen und liegt damit über dem Durchschnitt der Bundesländer. Gleichwohl ist dies der zweitniedrigste Wert in der Landesgeschichte.
- **Koalitionsoptionen:** Die bisherige Regierung aus SPD, Grünen und SSW hat ihre parlamentarische Mehrheit verloren. Jenseits einer großen Koalition aus CDU und SPD (46 Sitze) sind eine Koalition aus CDU, Grünen und FDP (44 Sitze) sowie aus SPD, Grünen und FDP (40 Sitze) rechnerisch möglich und politisch nicht ausgeschlossen. Die absolute Mehrheit liegt bei 37 Stimmen. Der SSW hat eine Regierungsbeteiligung jenseits der bisherigen Küstenkoalition bereits vor der Wahl ausgeschlossen und dürfte damit in die Opposition gehen. Eine Regierungsbeteiligung der AfD ist nicht zu erwarten. Eine große Mehrheit der Grünen-Anhänger/innen wünscht sich auch nach der Wahl eine SPD-geführte Regierung, allerdings sind sie durchaus auch der Meinung, dass eine „Jamaika“-Koalition (CDU/Grüne/FDP) „gut für das Land“ sein kann.

2 Amtliches Wahlergebnis

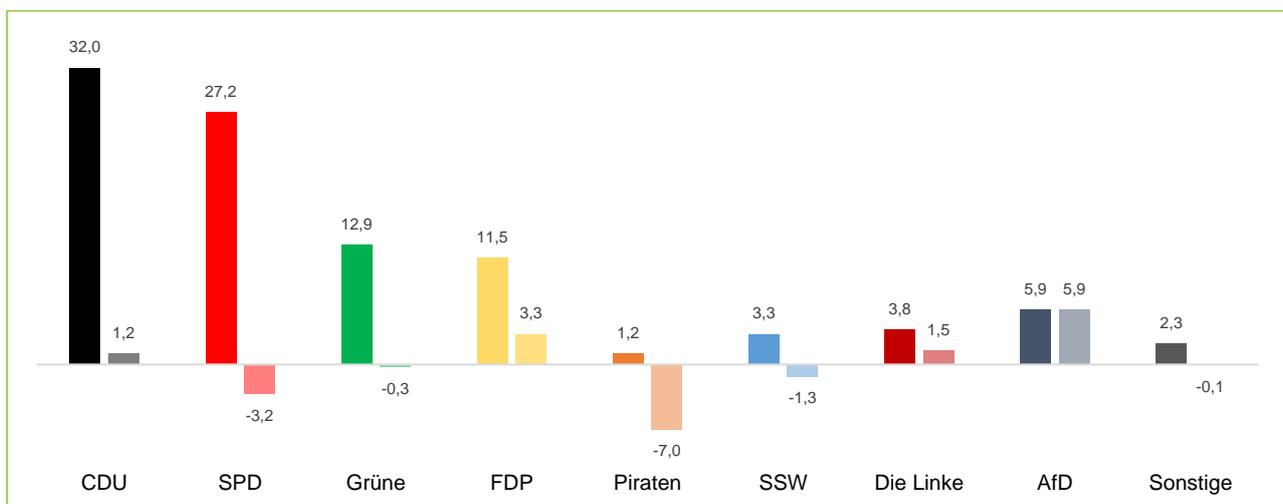
2.1 Wahlrecht & Wahlsystem

Der schleswig-holsteinische Landtag besteht aus mindestens 69 Abgeordneten, die Wahlperiode beträgt fünf Jahre. 35 Mandate werden in Einerwahlkreisen nach relativer Mehrheitswahl, die restlichen Mandate über geschlossene Listen vergeben. Wahlberechtigt sind im Grundsatz alle in Schleswig-Holstein wohnhaften deutschen Staatsangehörigen, die am Wahltag das 16. Lebensjahr vollendet haben (passives Wahlrecht ab 18 Jahren). Wie bei der Bundestagswahl hat jede wahlberechtigte Person zwei Stimmen (Personalisierte Verhältniswahl). Stimmensplitting ist damit möglich, wenngleich nur die Zweitstimme für die parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse maßgeblich ist (Sainte-Laguë/Schepers; in seiner Ausprägung als Höchstzahlverfahren). Gewinnt eine Partei mehr Wahlkreismandate als ihr nach dem Verhältnisausgleich zusteht, so erhalten die übrigen Parteien Ausgleichsmandate, bis die tatsächliche Zusammensetzung des Landtages dem Zweitstimmenergebnis entspricht und eine ungerade Zahl an Gesamtsitzen erreicht ist. Der Südschleswigsche Wählerverband SSW ist als Wahlvorschlag der dänischen Minderheit von der Fünf-Prozent-Sperrklausel ausgenommen.

2.2 Stimm- und Sitzverteilung (Amtliches Endergebnis)

Die Wahlbeteiligung in Schleswig-Holstein steigt um 4 Prozentpunkte auf 64,2 Prozent. Dies ist der zweitschlechteste Wert in der Landtagswahlgeschichte Schleswig-Holsteins, aber dennoch über dem Durchschnitt der Bundesländer (im Mittel 61,1 Prozent; höchste Beteiligung zuletzt Baden-Württemberg & Rheinland-Pfalz (jeweils 70,4 Prozent); niedrigste Beteiligung Brandenburg (47,9 Prozent)). Damit setzt sich der Trend der letzten Wahlen zur größeren Wählermobilisierung fort, wobei die CDU am stärksten von der Mobilisierung vormaliger Nichtwähler profitiert.

Wahlergebnis Schleswig-Holstein 2017 (Vorläufiges Endergebnis)



Anteile Zweitstimmenanteile in Prozent sowie Gewinne/Verluste in Prozentpunkten; Quelle: Landeswahlleiter Schleswig-Holstein

Betrachtet man die relativen Ergebnisse sowie die Gewinne und Verluste der Parteien, so zeigen sich deutliche Gewinner und Verlierer. Die CDU mit ihrem Spitzenkandidaten Daniel Günther erreicht 32,0 Prozent der Zweitstimmen (+1,2 Prozentpunkte zu 2012) und baut ihre Stellung als stärkste Partei aus. Die SPD und damit Ministerpräsident Torsten Albig ist der klare Wahlverlierer und kommt auf 27,2 Prozent (-3,2 Prozentpunkte).

Die Grünen erreichen mit 12,9 Prozent das zweitbeste Ergebnis ihrer Landesgeschichte. Im Gegensatz zu den Prognosen vor der Wahl verlieren sie damit nur marginal (-0,3 Prozentpunkte). Sie sind klar drittstärkste Kraft im Landtag. Die schleswig-holsteinischen Grünen erreichen seit 2009 zweistellige Ergebnisse und liegen damit sowohl über den bundesweiten Ergebnissen als auch über dem Durchschnitt der letzten Landtagswahlergebnisse. Betrachtet man die jeweils letzte Landtagswahl in den 16 Bundesländern, so erreichten die Grünen im Mittel 10,5 Prozent, wobei die Ergebnisse zwischen 4,0 (Saarland) und 30,3 Prozent (Baden-Württemberg) variieren.

Die FDP legt bei der Wahl an Zweitstimmen zu. Mit 11,5 Prozent (+3,3 Prozentpunkte) erreicht sie das zweitbeste Ergebnis ihrer Landesgeschichte. Betrachtet man die jeweils letzte Landtagswahl in den 16 Bundesländern, so erreichte die FDP im Mittel 5,8 Prozent, wobei die Ergebnisse zwischen 1,5 (Brandenburg) und 11,5 (Schleswig-Holstein) variieren.

Die AfD zieht mit 5,9 Prozent der Zweitstimmen erstmals in den schleswig-holsteinischen Landtag ein. Sie setzt damit einerseits ihre Erfolgsserie fort, bleibt andererseits aber wie bereits im Saarland deutlich hinter den durchweg zweistelligen Landtagswahlergebnissen des letzten Jahres zurück. Wie im Vorfeld erwartet sind die Piraten mit 1,2 Prozent künftig nicht mehr im Landtag vertreten, und auch die Linke scheitert trotz Zugewinn mit 3,8 Prozent an der Fünf-Prozent-Sperrklausel. Der davon befreite SSW erzielt 3,3 Prozent (-1,3 Prozentpunkte) und ist auch künftig im Landtag vertreten.

Wahlberechtigte, Wähler/innen, Stimmenverteilung

	Absolut			Prozent		
	2017	2012	Veränderung zu 2012	2017	2012	Veränderung zu 2012
Wahlberechtigte	2.310.841	2.239.615	71.226			
Wählerinnen/Wähler	1.484.453	1.347.911	136.542	64,2	60,2	4,0
Erststimmen						
Gültige Erststimmen	1.460.690	1.320.210	140.480	98,4	97,9	0,5
Ungültige Erststimmen	23.763	27.701	-3.938	1,6	2,1	-0,5
<i>davon entfallen auf</i>						
CDU	563.659	485.709	77.950	38,6	36,8	1,8
SPD	478.438	472.752	5.686	32,8	35,8	-3,0
Grüne	131.107	139.888	-8.781	9,0	10,6	-1,6
FDP	105.770	56.493	49.277	7,2	4,3	2,9
Piraten	21.887	97.335	-75.448	1,5	7,4	-5,9
SSW	30.149	32.565	-2.416	2,1	2,5	-0,4
Die Linke	51.049	32.090	18.959	3,5	2,4	1,1
AfD	60.810	–	60.810	4,2	–	4,2
Sonstige (inkl. Einzelbewerber/innen)	17.821	3.378				
Zweitstimmen						
Gültige Zweitstimmen	1.470.548	1.328.452	142.096	99,1	98,6	0,5
Ungültige Zweitstimmen	13.905	19.459	-5.554	0,9	1,4	-0,5
<i>davon entfallen auf</i>						
CDU	470.312	408.637	61.675	32,0	30,8	1,2
SPD	400.635	404.048	-3.413	27,2	30,4	-3,2
Grüne	189.728	174.953	14.775	12,9	13,2	-0,3
FDP	168.521	108.953	59.568	11,5	8,2	3,3
Piraten	17.053	108.902	-91.849	1,2	8,2	-7,0
SSW	48.941	61.025	-12.084	3,3	4,6	-1,3
Die Linke	55.833	29.900	25.933	3,8	2,3	1,5
AfD	86.275	–	86.275	5,9	–	–
Sonstige	33.250	32.034				

Quelle: Landeswahlleiter Schleswig-Holstein (Vorläufiges Endergebnis).

2.3 Parlamentarische Mehrheiten & Koalitionsperspektiven

Der neue Landtag verfügt aufgrund von Überhang- und Ausgleichsmandaten über insgesamt 73 Sitze (+4).¹ Wie bisher sind sechs Parteien im Landtag vertreten. Stärkste Fraktion ist die CDU (25 Sitze; bisher 22), gefolgt von der SPD (21 Sitz; bisher 22) und Grünen (10 Sitze; unverändert). Die FDP ist nunmehr klar vierte Kraft (9 Sitze; bisher 6). Ebenfalls im Parlament vertreten sind AfD (5 Sitze) und SSW (3 Sitze; unverändert). Die Piraten (bisher 6 Sitze) sind künftig nicht mehr im Landtag vertreten, auch die Linke verpasst erneut den Einzug ins Parlament.

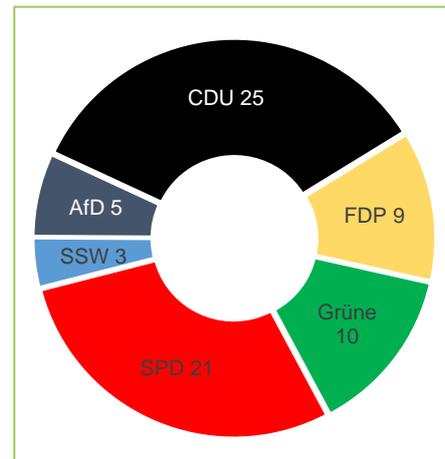
Die bisherige Regierungskoalition aus SPD, Grünen und SSW verliert ihre parlamentarische Mehrheit. Der SSW hat im Wahlkampf und am Wahlabend eine Regierungsbeteiligung jenseits der „Küstenkoalition“ (SPD/Grüne/SSW) ausgeschlossen. Die AfD ist am Koalitionsspiel nicht beteiligt. Damit sind im Kern drei Koalitionsvarianten denkbar: eine Dreierkoalition aus CDU, Grünen und FDP („Jamaika“) oder aus SPD, Grünen und FDP („Ampel“) sowie eine große Koalition aus CDU und SPD. Die große Koalition wird von allen Parteien als wenig erstrebenswert erachtet.

Vergleichsweise komplex hinsichtlich Konflikten und programmatischer Nähe in den verschiedenen Politikfeldern ist eine Jamaika-Koalition aus CDU, Grünen und FDP. Große Differenzen, die auch im Wahlkampf thematisiert wurden, bestehen etwa im Bereich innere Sicherheit und Flüchtlinge: So halten vor der Wahl 74 Prozent der Grünen-Anhänger einen Abschiebestopp nach Afghanistan für richtig, wohingegen 59 (CDU) bzw. 60 (FDP) Prozent der CDU- und FDP-Anhänger einen solchen Stopp für falsch erachten. In anderen Feldern, insbesondere in familien- und gesellschaftspolitischen Fragen wie der Öffnung der Ehe für Lesben und Schwule, hat sich CDU-Spitzenkandidat Günther bereits im Wahlkampf für eine Annäherung an die Position der Grünen starkgemacht. Hier sind sich auch FDP und Grüne deutlich näher. Im Falle einer Ampel-Koalition bestehen Differenzen vorrangig zwischen SPD und FDP sowie FDP und Grünen, etwa in der Umwelt- und Energiepolitik. Dazu kommt, dass eine mögliche Ampelkoalition durch das Wahlergebnis und die damit verbundene Ablehnung seitens der FDP (zumindest unter Führung des bisherigen Ministerpräsidenten) problematisch ist. Alles in allem stehen beide Dreierkoalitionen vor nicht unwesentlichen Herausforderungen, zumal das schleswig-holsteinische Parteiensystem als vergleichsweise stark polarisiert einzustufen ist.

Betrachtet man die Koalitionsfrage aus der Wähler/innenperspektive, dann zeigen sich ähnliche Präferenzen: Während Grünen-Wähler/innen zu 70 Prozent eine SPD-geführte Regierung bevorzugen, wünschen sich 71 Prozent der FDP-Wähler/innen eine CDU-geführte Regierung. Dies spiegelt sich im Wahlverhalten, sowohl Grünen- als auch FDP-Wähler/innen nutzen häufig die Möglichkeit des Stimmensplittings (vgl. Abschnitt 3.3).

Die Anhänger/innen von Grünen und FDP wünschen sich, dass ihre Partei nach der Wahl in der Regierung mitarbeitet: 100 Prozent der Grünen-Anhänger/innen stimmen vor Wahl (eher) zu, dass die Grünen in der Regierung bleiben sollten (Gesamt: 72), bei der FDP sind dies für eine FDP-Beteiligung 99 Prozent (Gesamt: 53 Prozent). Mit Blick auf die schon vor der Wahl absehbare „lageruntypische“ Mehrheitserfordernis geht damit eine Offenheit für die jeweils weniger präferierte Koalition einher. So sind die Anhänger/innen der Grünen vor der Wahl zu 41 Prozent der Meinung, dass auch eine Jamaika-Koalition „gut für das Land“ sei, die Ampel-Lösung findet mit 57 Prozent der Grünen-Anhänger/innen eine breitere Unterstützung. Die FDP-Anhänger/innen halten die Ampel-Regierung zu 40 Prozent für „gut für das Land“, die die Jamaika-Lösung findet 72 Prozent Zustimmung. Eine Mehrheit der FDP-Anhänger/innen findet vor der Wahl, dass die FDP aber für eine Koalition mit der SPD offen sein sollte (59 Prozent; Gesamt 58 Prozent). Damit besteht durchaus eine Bereitschaft für eine lagerübergreifende Dreierkoalition nach der Wahl.

Sitzverteilung



Quelle: Landeswahlleiter

¹ CDU: 1 Mehrsitz (§3 Abs. 5 S. 1 LWahlG); SPD, SSW: je 1 weiterer Sitz (§3 Abs. 5 S. 2 LWahlG); AfD: 1 zusätzlicher Sitz (§3 Abs. 5 S. 3 LWahlG).

3 Wahlverhalten

3.1 Wahlmotive und wahlentscheidende Themen

Die Entscheidung für oder gegen eine Partei basiert auf komplexen individuellen Abwägungen.² Zunächst einmal ist zu unterscheiden, ob eine Partei aus Überzeugung (für ebendiese Partei) oder aus Enttäuschung (mit Blick auf die anderen Parteien) gewählt wird. Eine Wahl aus Überzeugung kann positiv verstanden werden, wohingegen eine Wahl aus Enttäuschung auf ein Protestwahlverhalten hindeutet. Im aktuellen Fall wurden die etablierten Parteien mehrheitlich aus Überzeugung gewählt – sie konnten also mit ihren Personen und/oder Inhalten sowie auf Grund langanhaltender Parteibindung Stimmen gewinnen. Besonders überzeugt von der jeweils gewählten Partei sind die Wähler/innen der Grünen sowie von CDU und SPD. Drei von vier Wähler/innen sind hier von ihrer Partei überzeugt, wohingegen nur jeder Fünfte angibt, die jeweilige Partei als kleinstes Übel, also aus Enttäuschung von anderen Parteien, zu wählen. Damit überzeugen Grüne, SPD und CDU ihre Wähler/innen aus sich heraus. Im Mittelfeld – und damit bereits von einem relevanten Anteil Protestwähler getragen – sind FDP, SSW und Linke. Hier wählen rund ein Drittel der Wähler/innen die Partei jeweils vor allem aus Enttäuschung von den anderen Parteien. Den radikalen Gegenpol – und im Vergleich zu den anderen Parteien abweichenden Fall – stellen die Wähler/innen der AfD dar. Die Mehrheit der AfD-Wähler/innen wählt die AfD aus Enttäuschung, lediglich 31 Prozent wählen die AfD aus Überzeugung. Dies zeigt, dass der Erfolg der AfD neben den Inhalten der Partei auch auf einem Protestwahlverhalten basiert, und dass die AfD hier eine Repräsentationslücke bedient.

Motive der Wahlentscheidung I: Überzeugung vs. Enttäuschung

	Gesamt	CDU	SPD	Grüne	FDP	SSW	Linke	AfD
Überzeugung	68	74	74	75	63	57	50	31
Enttäuschung	26	19	20	20	32	34	39	60

Angaben in Prozent; Frage: Haben Sie Ihre Partei gewählt, weil Sie von ihr überzeugt sind, von anderen enttäuscht sind?
Quelle: ARD/infratest dimap Exit Poll.

Für Parteien stellt sich stets die Frage, ob sie vorrangig auf Grund ihrer (Spitzen-)Kandidaten, aus inhaltlichen Gründen oder aus individueller Tradition (Parteibindung) gewählt werden. Während CDU und FDP hier stark von ihren Spitzenkandidaten Günther und Kubicki profitieren, spielen bei Linke und AfD die Sachthemen eine überdurchschnittliche Rolle. Die Grünen sind hier zwischen den Extremen positioniert, bei denen die Spitzenkandidatenfrage eine nicht unwichtige, gleichwohl keineswegs dominante Rolle spielt.

Die Situation der Grünen in Schleswig-Holstein lässt dabei eine einfache Frage nach den Spitzenkandidat/innen jedoch nicht ohne weiteres zu, da sie mit Robert Habeck (Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume) über einen faktischen Spitzenkandidaten verfügten, der formal gar nicht zur Wahl stand. Tatsächlich agierte Habeck als parteilich-medialer Spitzenkandidat ohne Listenplatz. 61 Prozent aller Befragten geben vor der Wahl an, mit Habeck zufrieden zu sein, nur 15 Prozent sind unzufrieden (unbekannt/keine Bewertung: 22 Prozent). Habeck befindet sich damit an der Spitze des Zufriedenheitsrankings und liegt mit Ministerpräsident Albig gleichauf (61 Prozent; unbekannt/keine Bewertung: 5 Prozent), dicht gefolgt von FDP-Spitzenkandidat Kubicki (59 Prozent; unbekannt/keine Bewertung: 8 Prozent) und mit deutlichen Abstand vor CDU-Spitzenkandidat Günther (47 Prozent; unbekannt/keine Bewertung: 26 Prozent). Neben Habeck ist die grüne Spitzenkandidatin Monika Heinold (Finanzministerin) von zentraler Bedeutung. Sie konnte erneut die Wähler/innen überzeugen. Hinsichtlich ihrer Beliebtheit liegt sie im Mittelfeld, was mit Blick auf das Ressort und die typischer Weise geringe Kompetenzzuschreibung für die Grünen in diesem Politikfeld durchaus positiv ist (gute Haushalts- und Finanzpolitik: 9 Prozent Kompetenzzuschreibung für Grüne). 41 Prozent sind mit Heinold (sehr) zufrieden, lediglich 20 Prozent sind gar nicht oder weniger zufrieden. An die Bekanntheit Habecks reicht sie jedoch nicht heran (unbekannt/keine Bewertung: 37 Prozent). Im Ergebnis entwickelte Heinold als Spitzenkandidatin eine vergleichbare Zugkraft wie 2012, als Heinold und Habeck die beiden vorderen Listenplätze belegten. Für 15 Prozent der Grünen-Wähler/innen ist 2017 die Spitzenkandidatin der

² Datenbasis für die Analyse zum Wahlverhalten in Bevölkerungsgruppen, zu Wahlmotiven und zum Entscheidungszeitpunkt ist eine Exit Poll von infratest dimap in 197 repräsentativ ausgewählten Wahllokalen bzw. Stimmbezirken in Schleswig-Holstein. Am 7. Mai wurden dort von insgesamt 30.211 Wählern Informationen zu deren Stimmverhalten, Alter und Geschlecht aufgenommen, von 4.659 Wählern darüber hinaus weitergehende sozialstrukturelle und inhaltliche Merkmale erhoben. Um Amts- und Briefwähler berücksichtigen und Aussagen über die Wählergesamtheit treffen zu können, sind die Wählerdaten der Exit Poll nach dem amtlichen Endergebnis gewichtet. Im Ergebnis ergibt sich ein repräsentatives Bild für die Gesamtwählerschaft wie die Wählerschaften der einzelnen Parteien. Weitere Angaben wurden den infratest dimap LänderTrend – Analysen entnommen, die unter www.infratest-dimap.de abrufbar sind.

Hauptgrund, die Grünen zu wählen, in 2012 war dies für 14 Prozent der Hauptgrund. Eine zunehmende Personalisierung der Wahlentscheidung ist hier nicht zu erkennen. Im Gesamtelektorat waren bei dieser Wahl Personenfragen sogar weniger wichtig als zuvor (21 Prozent; 2012: 26 Prozent).

Motive der Wahlentscheidung II: Entscheidungsgrund und Themensalienzen

	Gesamt	CDU	SPD	Grüne	FDP	SSW	Linke	AfD
Wahl wegen...								
Spitzenkandidat(in)	21 -5	26 1	21 -13	15 1	25 -6	12 -7	6 -7	12
Sachfragen	54 6	45 3	47 9	64 -1	56 11	61 4	79 8	77
Parteibindung	21 -3	25 -6	28 2	18 -5	14 -8	23 3	9 -4	4
Wahlthemen								
Wirtschaft / Arbeit	39	53	34	21	52	29	27	28
Soziale Gerechtigkeit	43	24	63	50	28	48	75	33
Schule / Bildung	31	34	29	29	31	43	21	16
Flüchtlinge	14	11	11	13	12	5	14	59
Umwelt / Energie	20	11	17	60	11	19	18	7
Innere Sicherheit	17	23	11	6	21	10	4	51
Verkehr / Infrastruktur	11	16	8	6	16	12	2	9
Haushalt / Finanzen	12	16	8	6	15	15	8	13

Angaben in Prozent; Grün: Differenz zu 2012 in Prozentpunkten; Fragen: Was war für die Wahl Ihrer Partei am wichtigsten? Welche der folgenden Themen war für Ihre Wahlentscheidung am wichtigsten?
Quelle: ARD/infratest dimap Exit Poll.

Bei allen Parteien sind Sachfragen der häufigste primäre Grund der Wahlentscheidung. Dies gilt gerade auch und weiterhin für die Grünen. Die Grünen-Wähler/innen orientierten sich in ihrer Wahlentscheidung gleich stark (und im Vergleich überdurchschnittlich) an Sachthemen wie vor fünf Jahren. Für knapp zwei Drittel der Grünen-Wähler/innen sind politische Inhalte das Hauptmotiv der Grünen-Wahl. Bei CDU und SPD hingegen sind Sachfragen in weniger als 50 Prozent der wahlentscheidende Hauptgrund – beide Parteien stehen im direkten Wettbewerb um die Position des Ministerpräsidenten, weshalb die Spitzenkandidatenfrage von größerer Bedeutung ist, wobei hier insbesondere CDU-Spitzenkandidat Günther hervorsteht, der für jede/n vierte CDU-Wähler/in das entscheidende Wahlmotiv darstellt.

Die Relevanz der einzelnen Themen als Wahlmotiv unterscheiden sich üblicher Weise zwischen den Parteien. Ursächlich dafür sind unterschiedliche Kompetenzzuschreibungen („Issue-Ownership“) sowie verschieden gelagerte Themenpräferenzen in der Wählerschaft. Für die CDU-Wahl waren vor allem wirtschafts- und bildungspolitische Themen relevant, gefolgt von den Themen soziale Gerechtigkeit und innere Sicherheit. Die SPD punktet vor allem mit dem Thema soziale Gerechtigkeit, das im Vergleich zur Vorwahl an Bedeutung hinzugewonnen hat. Mit deutlichen Abstand folgen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik sowie Schul- und Bildungspolitik.

Wahlentscheidende Themen für die Grünen-Wähler/innen sind die grünen Kernthemen Umwelt- und Energiepolitik. Die schleswig-holsteinischen Grünen haben hier dazu passend die parteivergleichend höchsten Kompetenzzuschreibungen (gute Energiepolitik: 49 Prozent; gute Umweltpolitik: 66 Prozent Kompetenzzuschreibung für Grüne). Nach der Umweltpolitik folgen mit geringem Abstand Fragen der sozialen Gerechtigkeit. Dabei sehen sich überdurchschnittlich viele Grünen-Anhänger in einer guten oder sehr guten wirtschaftlichen Lage (92 Prozent; Gesamt: 83 Prozent) und sind zudem der Meinung, dass es in Deutschland insgesamt eher gerecht zugeht (65 Prozent; Gesamt: 59 Prozent). An dritter Stelle folgt mit deutlichen Abstand das klassische Landesthema Schul- und Bildungspolitik. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass die Grünen im Wahlkampf die föderale Eigenständigkeit der Landespartei stark betont haben. Dies spiegelt sich auch in der Grünen Wählerschaft wider. 90 Prozent der Grünen-Anhänger/innen geben vor der Wahl an, dass ihre Wahlentscheidung landespolitischen Gründen geschuldet ist (Gesamt: 59 Prozent Landespolitik, 25 Prozent Bundespolitik).

Als Wahlmotiv für die FDP spielt in dieser Wahl der Spitzenkandidat eine wichtige Rolle, aber mit 56 Prozent sind Sachthemen für die FDP-Wahlentscheidung von größerer Bedeutung als vor fünf Jahren. Vor allem wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Fragen sind relevant. Dazu kommen mit deutlichen Abstand Schul- und Bildungspolitik sowie soziale Gerechtigkeit.

Die AfD wird vor allem aus Protest gewählt, nur eine Minderheit der Wähler/innen entscheidet sich aus inhaltlicher Überzeugung für die AfD. Gleichwohl sind es inhaltliche Aspekte, und nicht Personen, die die Wähler/innen zur AfD-Wahl motivieren. In diesem Fall war es vor allem die Flüchtlingsthematik und das Politikfeld innere Sicherheit, das Wähler/innen zu Gunsten der AfD entscheiden lässt. Mit deutlichem Abstand folgen soziale Gerechtigkeit und Wirtschaft/Arbeit.

3.2 Zeitpunkt der Wahlentscheidung

Das von vielen so nicht erwartete Ergebnis der Landtagswahl ist nicht unwesentlich einem kurzfristigen Stimmungsumschwung geschuldet. Dies ist nur möglich, wenn langfristige Parteibindungen seltener, kurzfristige Wahlentscheidungen häufiger werden. Fast ein Drittel der Wähler/innen hat erst kurzfristig – in den letzten Tagen vor der Wahl oder am Wahltag selbst – die endgültige Wahlentscheidung getroffen. Der Trend zur kurzfristigen, ja sogar spontanen Wahlentscheidung schreibt sich also fort. Grüne Wähler/innen haben sich etwa zu 34 Prozent sehr kurzfristig vor der Wahl oder am Wahltag selbst entschieden, womit diese überdurchschnittlich oft sehr spät entscheiden.

Für den Wahlerfolg von CDU-Spitzenkandidat Günther war der Last-minute-swing zwar ebenfalls von zentraler Bedeutung, allerdings sind CDU-Wähler/innen insgesamt vergleichsweise früh entschieden, nur rund 25 Prozent der CDU-Wähler/innen sind Spätentscheider/innen. Im typischen Bereich liegt die SPD mit 32 Prozent Spätentscheider/innen, besonders ausgeprägt ist die späte Wahlentscheidung bei Wähler/innen von SSW und Linken. AfD-Wähler/innen haben hingegen mehrheitlich vor längerer Zeit ihre Wahlentscheidung getroffen. Dies bestätigt die Einschätzung, dass die AfD eine spezifische (Protest-)Wählerschaft anspricht, die seit geraumer Zeit von den anderen Parteien enttäuscht ist und nun von der AfD gewonnen werden konnte.

Zeitpunkt der Wahlentscheidung

	Gesamt	CDU	SPD	Grüne	FDP	SSW	Linke	AfD
am Wahltag	14	11	14	15	13	23	15	10
letzte Tage	17	14	18	19	20	17	22	12
letzte Wochen	22	21	20	23	28	20	24	19
vor längerer Zeit	32	33	30	33	31	29	25	55
wähle immer gleich	13	19	17	9	7	10	10	2

Angaben in Prozent; Quelle: ARD/infratest dimap Exit Poll.

3.3 Stimmensplitting

Das schleswig-holsteinische Wahlsystem ermöglicht, vergleichbar der Bundestagswahl, eine unterschiedliche Stimmabgabe der Erst- und Zweitstimme. Dieses Stimmensplitting kann im Sinne des strategischen Wahlverhaltens als Ausdruck von Koalitionspräferenzen verstanden werden. Dabei ist gerade bei kleinen Parteien, die in der Regel keine Chance auf den Gewinn eines Direktmandats haben, von einem Stimmensplitting zu Gunsten einer Großpartei auszugehen, damit das Wahlkreismandat an die programmatisch nächstliegende Großpartei geht (selbst wenn im Ergebnis nur die Zweitstimmen über die parlamentarischen Machtverhältnisse bestimmen). Erwartungsgemäß machen CDU- und SPD-Wähler/innen kaum von der Möglichkeit des Stimmensplittings Gebrauch. Dies gilt gleichermaßen für die Wähler/innen der AfD, was mit Blick deren Wahlmotivation nicht überrascht – die AfD ist damit auch in diesem Punkt klar von den etablierten Parteien abgegrenzt. Die Grünen- und FDP-Wähler/innen hingegen nutzen die Möglichkeit des Stimmensplittings sehr stark. Betrachtet man diejenigen, die mit ihrer Zweitstimme die Grünen wählen, so ist festzustellen: 42 Prozent wählten mit der Erststimme ebenfalls Grün, 41 Prozent SPD und 10 Prozent CDU. Ganz ähnlich stellt sich das Bild bei denen dar, die mit ihrer Zweitstimme FDP wählen: Hier wählen 45 Prozent mit beiden Stimmen FDP, 41 Prozent mit Erststimme CDU und 8 Prozent SPD. Das Splittingverhalten entspricht damit in der Regel dem bekannten Lagermuster (rot/grün bzw. schwarz/gelb).

3.4 Wählerwanderung³

Insgesamt nahmen 1.484.453 der 2.310.841 schleswig-holsteinischen Wahlberechtigten an der Landtagswahl teil, 137.196 Wähler/innen mehr als 2012. Das Wählerwanderungsmodell von infratest dimap zeigt, dass die CDU in der Gesamtbilanz am stärksten von der Mobilisierung vormaliger Nichtwähler/innen profitiert (+51.000), gefolgt von der SPD (+30.000). Doch auch die kleinen Parteien tragen zur Mobilisierung vormaliger Nichtwähler/innen bei. So gewinnen die Grünen in der Bilanz 10.000 vormalige Nichtwähler. Auch die FDP profitiert (+16.000), die AfD hingegen gewinnt trotz ihres ausgeprägten Protestwahlcharakters nur mäßig (+11.000). Insgesamt geht die Mobilisierung von Nichtwähler/innen klar zu Gunsten der etablierten Parteien.

In absoluten Zahlen erzielen die Grünen 189.278 Zweitstimmen und damit etwa 15.000 Stimmen mehr als 2012. Die Nettogewinne durch die Ansprache von Erstwähler/innen (+14.000), die Mobilisierung vormaliger Nichtwähler/innen (+10.000) sowie neu nach Schleswig-Holstein gezogene Wähler/innen (+3.000) überwiegen die Stimmenverluste an die politischen Wettbewerber (-12.000) deutlich.

Wählerwanderung Grüne

	Zustrom	Abstrom	Saldo
<i>Austausch mit ...</i>			
CDU	8.000	12.000	-4.000
SPD	30.000	30.000	0
FDP	2.000	7.000	-5.000
AfD	0	1.000	-1.000
Andere	8.000	10.000	-2.000
Summe Parteien	48.000	60.000	-12.000
Nichtwähler/innen	20.000	10.000	10.000
Erstwähler/Verstorbene	22.000	8.000	14.000
Zu-/Fortgezogene	16.000	13.000	3.000
Summe Weitere	58.000	31.000	27.000
Wählerströme insgesamt	106.000	91.000	15.000
Wählerstamm	85.000	85.000	
Wähler 2017 und 2012	191.000	176.000	15.000

Quelle: ARD/infratest dimap Wahlberichterstattung.

Betrachtet man die weiteren Parteien (Details im Anhang, Abschnitt 4.1), dann zeigt sich: Die CDU profitiert vor allem von SPD und Grünen (+24.000, +4.000) und verliert insbesondere an FDP und AfD (-13.000, -11.000). Deutlicher als die anderen Parteien profitiert sie zudem von der gestiegenen Wahlbeteiligung (früherer Nichtwähler/innen +51.000; neu nach Schleswig-Holstein gezogene Wähler/innen +16.000). Die größten Stimmverluste der SPD gehen an CDU (-24.000) und FDP (-15.000), doch auch die SPD profitiert von der höheren Wahlbeteiligung (vorherige Nichtwähler/innen +30.000) sowie der Ansprache von neu nach Schleswig-Holstein gezogenen Wähler/innen (+9.000). Die FDP gewinnt vor allem von SPD, CDU und Grünen (+15.000, +13.000, +5.000), dazu kommen Stimmen von den sonstigen Parteien (+11.000) und vormalige Nichtwähler/innen (+16.000). Die AfD gewinnt Wähler/innen aus allen politischen Richtungen, insbesondere von CDU und SPD (+11.000, +5.000), vor allem aber aus dem Lager der Sonstigen (+45.000) und durch die Mobilisierung ehemaliger Nichtwähler (+11.000).

³ Methodischer Hinweis: Das hier dargestellte Wanderungsmodell von infratest dimap bildet den Umfang von Wanderungsströmen ab. Das Modell berücksichtigt Befragungsergebnisse zur aktuellen und früheren Wahlentscheidung und schätzt Wähler-Wanderungsströme zwischen den Parteien bzw. „Haltequoten“ für die identische Partei-Wahl. Ferner nimmt es Änderungen in der Wählerzusammensetzung infolge aktueller und früherer Nichtwahl sowie aufgrund von Generations- und Ortswechselln (Erstwähler versus verstorbene Wähler bzw. Zuzug versus Wegzug) auf. Für jede Partei wird ein Stromkonto berechnet mit Gewinnen und Verlusten bezüglich des Austauschs zwischen den Parteien, dem Wechselspiel zwischen Wahlteilnahme und Wahlenthaltung und dem Generations- bzw. Ortswechsel. Die Einzelströme werden gerundet, sodass sich in den Randsummen Differenzen zum amtlichen Ergebnis ergeben können. Die Annahmen über Größenordnung und Wahlverhalten der ausgewiesenen Gruppen beruhen auf repräsentativen Wahl- und Bevölkerungsstatistiken, Vorwahl- und Wahltagsbefragungen sowie dem amtlichen Wahlergebnis.

3.5 Bevölkerungsgruppen im Vergleich

Die Grünen werden weiterhin überdurchschnittlich von den jüngeren Kohorten gewählt. Gerade in der Altersgruppe 16-24 Jahre schneiden die Grünen sehr stark ab (18 Prozent). Bemerkenswert ist der starke Zugewinn bei Menschen über 60 Jahren, hier hat sich die Distanz zum parteilichen Gesamtergebnis deutlich verringert. Die Grünen erzielen nunmehr in jeder Altersgruppe zweistellige Ergebnisse. Weiterhin gilt, dass die Grünen bei Frauen ein besseres Ergebnis erzielen als bei Männern. Alles in allem sind die Grünen besonders bei Jüngeren, hoch Gebildeten, sowie Angestellten und Beamten eine klare Wahloption.

Wahlverhalten in Bevölkerungsgruppen

	CDU	SPD	Grüne	FDP	SSW	Linke	AfD
Alter							
16-24	22 0	27 3	18 -2	10 5	3 -1	8 4	5
25-34	24 -1	25 3	12 -3	10 4	5 0	7 3	9
35-44	31 3	23 -2	13 -4	11 4	5 -1	4 2	7
45-59	30 4	28 -4	15 -1	11 3	4 -2	3 1	7
60+	39 0	29 -7	10 3	13 3	2 -1	2 1	4
Frauen							
Gesamt	32 1	28 -4	15 0	11 3	3 -1	4 2	4
16-24 J.	21 2	28 5	24 -1	7 3	4 -1	8 4	3
25-34	24 -1	25 3	15 -4	9 3	6 0	7 4	6
35-44	32 5	23 -4	17 -3	10 3	5 -1	4 2	5
45-59	30 5	27 -5	18 -1	10 4	4 -1	3 1	5
60+	39 -1	30 -6	11 4	12 3	2 -2	2 1	3
Männer							
Gesamt	32 1	27 -3	10 -1	13 3	3 -1	4 2	7
16-24 J.	23 -1	26 2	13 -2	12 6	3 -1	8 5	7
25-34	24 -2	25 4	10 -3	10 3	5 0	7 3	11
35-44	30 2	24 0	10 -5	13 4	4 -1	5 2	9
45-59	31 3	28 -3	12 -2	12 3	4 -2	3 0	8
60+	39 1	29 -7	8 2	14 3	3 -1	3 1	5
Beruf/Tätigkeit							
Arbeiter	30 9	31 -8	10 1	8 3	5 -2	5 1	8
Angestellte	27 1	27 -3	15 -2	11 4	4 -1	4 2	7
Beamte	35 6	31 2	15 -5	9 3	2 -2	2 0	4
Selbstständige	42 3	13 -1	13 -3	21 6	3 1	2 0	6
Rentner	40 0	29 -7	9 3	13 3	3 -1	2 1	5
Arbeitslose	12 -8	45 22	8 -9	7 0	3 -3	9 1	9
Bildung							
hoch	28 -1	25 1	17 -3	14 4	3 -1	4 2	5
mittel	35 3	26 -5	11 0	11 2	4 -1	3 1	6
niedrig	35 3	34 -5	8 1	9 2	3 -2	3 1	6
Eigene wirtschaftliche Lage							
zufriedene	34	27	13	12	3	3	5
unzufriedene	19	30	12	10	5	8	9

Angaben in Prozent; Grün: Differenz zu 2012 in Prozentpunkten; Quelle: ARD/infratest dimap Exit Poll.

Die CDU kann in Schleswig-Holstein ihr Ergebnis in den meisten Alters-, Bildungs- und Berufsgruppen verbessern, insbesondere in der Arbeiter- und Beamenschaft steigert sie ihr Ergebnis. Die größte Unterstützung erfährt sie von Selbstständigen, Rentner/innen und Wähler/innen der Altersgruppe 60 Jahre und älter. Bei allen drei Gruppen kommt sie auf rund 40 Prozent der Stimmen. Weniger stark ist die CDU bei Arbeitslosen, wirtschaftlich Unzufriedenen und Wähler/innen unter 35 Jahren.

Die SPD verliert in den mittleren und höheren Altersgruppen an Zustimmung, bei jüngeren Wähler/innen zwischen 16 und 34 Jahren schneidet sie hingegen besser ab als vor fünf Jahren. Bei Arbeitslosen konnte die SPD ihren Stimmenanteil sogar fast verdoppeln, und überdurchschnittliche Zustimmung erfährt sie auch bei formal niedrig Gebildeten.

Die FDP legt in nahezu allen Bevölkerungsgruppen zu, besonders deutlich bei Selbstständigen, bei denen sie die größte Zustimmung erfährt. Allerdings erzielt die FDP nicht in allen Bevölkerungsgruppen ein zweistelliges Ergebnis. Überdurchschnittlich gut schneidet die FDP bei Wähler/innen mit hohem Bildungsniveau und Wähler/innen der Altersgruppe 60 Jahre und älter ab, wohingegen sie bei Arbeitslosen und Arbeitern weniger erfolgreich ist. Die AfD erzielt überdurchschnittliche Ergebnisse bei wirtschaftlich Unzufriedenen, Arbeitslosen sowie Männern zwischen 25 und 34 Jahren. Wenig erfolgreich ist sie bei Älteren, insbesondere älteren Frauen.

4 Anhang

4.1 Wählerwanderung

Wählerwanderung CDU

	Zustrom	Abstrom	Saldo
<i>Austausch mit ...</i>			
SPD	34.000	10.000	24.000
GRÜNE	12.000	8.000	4.000
FDP	20.000	33.000	-13.000
AfD	0	11.000	-11.000
Andere	10.000	5.000	5.000
Summe Parteien	76.000	67.000	9.000
Nichtwähler/innen	65.000	14.000	51.000
Erstwähler/Verstorbene	24.000	38.000	-14.000
Zu-/Fortgezogene	36.000	20.000	16.000
Summe Weitere	125.000	72.000	53.000
Wählerströme insgesamt	201.000	139.000	62.000
Wählerstamm	270.000	270.000	
Wähler 2017 und 2012	471.000	409.000	62.000

Quelle: ARD/infratest dimap Wahlberichterstattung.

Wählerwanderung Grüne

	Zustrom	Abstrom	Saldo
<i>Austausch mit ...</i>			
CDU	8.000	12.000	-4.000
SPD	30.000	30.000	0
FDP	2.000	7.000	-5.000
AfD	0	1.000	-1.000
Andere	8.000	10.000	-2.000
Summe Parteien	48.000	60.000	-12.000
Nichtwähler/innen	20.000	10.000	10.000
Erstwähler/Verstorbene	22.000	8.000	14.000
Zu-/Fortgezogene	16.000	13.000	3.000
Summe Weitere	58.000	31.000	27.000
Wählerströme insgesamt	106.000	91.000	15.000
Wählerstamm	85.000	85.000	
Wähler 2017 und 2012	191.000	176.000	15.000

Quelle: ARD/infratest dimap Wahlberichterstattung.

Wählerwanderung AfD

	Zustrom
<i>Austausch mit ...</i>	
CDU	11.000
SPD	5.000
GRÜNE	1.000
FDP	3.000
Andere	45.000
Summe Parteien	65.000
Nichtwähler/innen	11.000
Erstwähler/Verstorbene	3.000
Zu-/Fortgezogene	8.000
Summe Weitere	22.000
Wählerströme insgesamt	87.000
Wählerstamm	0
Wähler 2017 und 2012	87.000

Quelle: ARD/infratest dimap Wahlberichterstattung.

Wählerwanderung SPD

	Zustrom	Abstrom	Saldo
<i>Austausch mit ...</i>			
CDU	10.000	34.000	-24.000
GRÜNE	30.000	30.000	0
FDP	3.000	18.000	-15.000
AfD	0	5.000	-5.000
Andere	21.000	13.000	8.000
Summe Parteien	64.000	100.000	-36.000
Nichtwähler/innen	58.000	28.000	30.000
Erstwähler/Verstorbene	29.000	36.000	-7.000
Zu-/Fortgezogene	28.000	19.000	9.000
Summe Weitere	115.000	83.000	32.000
Wählerströme insgesamt	179.000	183.000	-4.000
Wählerstamm	222.000	222.000	
Wähler 2017 und 2012	401.000	405.000	-4.000

Quelle: ARD/infratest dimap Wahlberichterstattung.

Wählerwanderung FDP

	Zustrom	Abstrom	Saldo
<i>Austausch mit ...</i>			
CDU	33.000	20.000	13.000
SPD	18.000	3.000	15.000
GRÜNE	7.000	2.000	5.000
AfD	0	3.000	-3.000
Andere	12.000	1.000	11.000
Summe Parteien	70.000	29.000	41.000
Nichtwähler/innen	25.000	9.000	16.000
Erstwähler/Verstorbene	10.000	10.000	0
Zu-/Fortgezogene	14.000	10.000	4.000
Summe Weitere	49.000	29.000	20.000
Wählerströme insgesamt	119.000	58.000	61.000
Wählerstamm	51.000	51.000	
Wähler 2017 und 2012	170.000	109.000	61.000

Quelle: ARD/infratest dimap Wahlberichterstattung.

4.2 Gewählte Bewerberinnen und Bewerber

Wahlkreisbewerber/innen

Partei	Name, Vorname	Wahlkreis / Liste
CDU	Liebing, Ingbert	Nordfriesland-Nord
CDU	Jensen, Klaus-Dieter	Nordfriesland-Süd
SPD	Dr. Dunckel, Heiner	Flensburg
CDU	Nicolaisen, Petra	Flensburg-Land
CDU	Callsen, Johannes	Schleswig
CDU	Hein, Andreas	Dithmarschen-Schleswig
CDU	Nielsen, Volker	Dithmarschen-Süd
CDU	Günther, Daniel	Eckernförde
CDU	Göttsch, Hauke	Rendsburg-Ost
CDU	Neve, Hans Hinrich	Rendsburg
CDU	Fehrs, Wolf Rüdiger	Neumünster
SPD	Albig, Torsten	Kiel-Nord
SPD	Ünsal, Özlem	Kiel-West
SPD	Heinemann, Bernd	Kiel-Ost
CDU	Kalinka, Werner	Plön-Nord
CDU	Brockmann, Tim	Plön-Ostholstein
CDU	Knöfler, Peer	Ostholstein-Nord
CDU	Hamerich, Hartmut	Ostholstein-Süd
CDU	Arp, Hans-Jörn	Steinburg-West
CDU	Rickers, Heiner	Steinburg-Ost
SPD	Raudies, Beate	Elmshorn
CDU	Lehnert, Peter	Pinneberg-Nord
CDU	Ostmeier, Barbara	Pinneberg-Elbmarschen
SPD	Vogel, Kai-Oliver	Pinneberg
CDU	Plambeck, Ole-Christopher	Segeberg-West
CDU	Dr. Bernstein, Axel	Segeberg-Ost
CDU	Rathje-Hoffmann, Katja	Norderstedt
CDU	Claussen, Claus Christian	Stormarn-Nord
CDU	Koch, Tobias	Stormarn-Mitte
CDU	Kilian, Lukas	Stormarn-Süd
SPD	Rother, Thomas	Lübeck-Ost
SPD	Metzner, Kerstin	Lübeck-West
SPD	Baasch, Wolfgang	Lübeck-Süd
CDU	Schlie, Klaus	Lauenburg-Nord
SPD	Wagner-Bockey, Kathrin	Lauenburg-Süd

Quelle: Landeswahlleiter Schleswig-Holstein (Vorläufiges Ergebnis).

Listenbewerber/innen

Partei	Name, Vorname
SPD	Midyatli, Serpil
SPD	Dr. Stegner, Ralf
SPD	Herdejürgen, Birgit
SPD	Habersaat, Martin
SPD	Redmann, Sandra
SPD	Hölck, Thomas
SPD	Pauls, Birte
SPD	Dr. Dolgner, Kai
SPD	Poersch, Regina
SPD	Weber, Stefan
SPD	Eickhoff-Weber, Kirsten

GRÜNE	Heinold, Monika
GRÜNE	Voß, Bernd
GRÜNE	von Kalben, Erika
GRÜNE	Andresen, Rasmus
GRÜNE	Dr. Bohn, Marret
GRÜNE	Peters, Burckhard
GRÜNE	Fritzen, Maria-Elisabeth
GRÜNE	Petersdotter, Lasse
GRÜNE	Strehlau-Thomas, Ines
GRÜNE	Dr. Tietze, Andreas

FDP	Kubicki, Wolfgang
FDP	Dr. Garg, Heinrich
FDP	Klahn, Anita
FDP	Vogt, Christopher
FDP	Kumbartzky, Oliver
FDP	Krämer, Annabell
FDP	Bornhöft, Dennys
FDP	Richert, Kay
FDP	Holowaty, Stephan

SSW	Harms, Lars
SSW	Waldinger-Thiering, Jette
SSW	Meyer, Flemming

AfD	Nobis, Jörg
AfD	Schaffer, Claus
AfD	Fürstin von Sayn-Wittgenstein, Doris
AfD	Dr. Brodehl, Frank
AfD	Schnurrbusch, Volker

Quelle: Landeswahlleiter Schleswig-Holstein (Vorläufiges Ergebnis).

4.3 Stimmenanteile der Wahlvorschläge nach Wahlkreisen (Grüne)

Erststimmen			Zweitstimmen		
Wahlkreis	Prozent	Veränderung zur Vorwahl in %-Punkten	Wahlkreis	Prozent	Veränderung zur Vorwahl in %-Punkten
13 Kiel-West	13,2	-3,2	12 Kiel-Nord	21,1	1,4
12 Kiel-Nord	13,0	-3,6	13 Kiel-West	18,8	-1
33 Lübeck-Süd	12,4	-4,9	33 Lübeck-Süd	18,6	-1,5
3 Flensburg	12,0	2	9 Rendsburg-Ost	15,4	0,3
15 Plön-Nord	11,2	0,6	15 Plön-Nord	15,0	1,1
19 Steinburg-West	10,4	-0,4	16 Plön-Ostholstein	14,6	-0,1
24 Pinneberg	10,4	-2,3	3 Flensburg	14,3	-0,5
28 Stormarn-Nord	9,8	-3,1	8 Eckernförde	14,3	0,7
16 Plön-Ostholstein	9,6	-1,8	5 Schleswig	14,2	2,4
5 Schleswig	9,1	0,2	29 Stormarn-Mitte	13,8	-1,8
9 Rendsburg-Ost	9,1	-3,5	14 Kiel-Ost	13,2	0,2
14 Kiel-Ost	9,0	-0,3	24 Pinneberg	13,2	-1,3
29 Stormarn-Mitte	9,0	-4	11 Neumünster	13,0	1,8
26 Segeberg-Ost	8,9	-1,7	28 Stormarn-Nord	13,0	-2,2
11 Neumünster	8,8	0,7	4 Flensburg-Land	12,7	0,7
32 Lübeck-West	8,8	-1,7	21 Elmshorn	12,7	-1
1 Nordfriesland-Nord	8,7	-1	31 Lübeck-Ost	12,5	0,5
4 Flensburg-Land	8,6	-0,3	32 Lübeck-West	12,4	-1,5
20 Steinburg-Ost	8,5	-0,6	20 Steinburg-Ost	12,3	0,5
21 Elmshorn	8,5	-2	1 Nordfriesland-Nord	12,1	0,8
8 Eckernförde	8,4	-2,1	23 Pinneberg-Elbmarschen	12,1	-0,9
31 Lübeck-Ost	8,4	-0,6	10 Rendsburg	11,8	0,8
34 Lauenburg-Nord	8,4	-2	34 Lauenburg-Nord	11,8	-1,9
10 Rendsburg	8,2	-0,8	19 Steinburg-West	11,7	0
22 Pinneberg-Nord	8,1	-1	2 Nordfriesland-Süd	11,6	1,1
27 Norderstedt	8,1	-4,5	26 Segeberg-Ost	11,5	0,3
23 Pinneberg-Elbmarschen	8,0	-1,2	18 Ostholstein-Süd	11,4	-1
35 Lauenburg-Süd	7,8	-2,2	25 Segeberg-West	11,1	-0,8
17 Ostholstein-Nord	7,7	-1,8	30 Stormarn-Süd	10,8	-2,1
25 Segeberg-West	7,5	-2,3	22 Pinneberg-Nord	10,7	-0,9
2 Nordfriesland-Süd	7,2	-1	17 Ostholstein-Nord	10,5	0,6
6 Dithmarschen-Schleswig	7,1	-0,2	27 Norderstedt	10,5	-2,5
18 Ostholstein-Süd	7,1	-1,6	35 Lauenburg-Süd	10,4	-3
30 Stormarn-Süd	7,1	-2,7	6 Dithmarschen-Schleswig	9,4	0,5
7 Dithmarschen-Süd	5,8	-0,8	7 Dithmarschen-Süd	8,4	0
Schleswig-Holstein	9,0	-1,6	Schleswig-Holstein	12,9	-0,3

Quelle: Landeswahlleiter Schleswig-Holstein (Vorläufiges Ergebnis).

Eine graphische Darstellung der Zweitstimmenanteile steht unter https://www.statistik-nord.de/fileadmin/wahl/LTW_2017_Bericht-vorl-Ergeb.pdf zum Abruf bereit (Wahlachtsbericht des Landeswahlleiters, S. 25).